

Nur allzu leicht sind wir versucht zu glauben, Freiheit und Recht seien nur angenehme Dreingaben zum materiellen Wohlstand.

Walter Scheel

Der 8. Mai, eine vertane Chance?

Fast auf den Tag, an dem im fernöstlichen Vietnam ein über dreißigjähriger Krieg sein notwendiges, wenn auch unrühmliches Ende fand, gedachten die europäischen Staaten und Völker des Weltkriegsendes vor dreißig Jahren. Für die Deutschen und ihre Nachbarn in West und Ost war es zugleich die Erinnerung an das Ende der tyrannibesessenen und völkermörderischen Naziherrschaft und überdies eine Zeit der Rückbesinnung auf den Beginn der Nachkriegszeit, die im Westen über die Not des Wiederaufbaus zu demokratischen Lebensverhältnissen zurückführte oder — wo sie bestanden — diese bestätigte, im Osten aber mit der Installierung des kommunistischen Herrschaftssystems unter sowjetischer Oberhoheit begann und die in Ost und West als Gegenüber der beiden Machtblöcke in die Zeit des kalten Krieges einmündete, aus der wir trotz fast zwanzigjähriger Koexistenz- und Entspannungspolitik bis heute nicht herausgefunden haben. Für die Europäer mischt sich in diese Erinnerungen zugleich die Erkenntnis, daß mit der Spaltung Europas mitten durch Deutschland und seine ehemalige Hauptstadt und der Verlagerung der politisch geschichtswirksamen Machtzentren nach Moskau und Washington (später auch nach Peking) unser Kontinent seine Führungsrolle ausgespielt hat und daß nicht nur Großeuropa mit seinen Nationalismen und Rivalitäten in Kriegsgetümmel und Fremdherrschaft unterging (nicht ohne daß diese unter der Asche kräftig weiterschwelen), sondern daß es trotz Römischer Verträge und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft nicht einmal gelang, das westliche Resteuropa zu einer eigenständigen politischen Größe zusammenzuführen.

An der Retrospektive hängengeblieben

Angesichts der Tatsache, daß sich das gesamte Nachkriegsgeschehen — wenigstens in Europa — im Ende des Zweiten Weltkrieges selbst wie in einem Brennpunkt verdichtet und spiegelt, nimmt es nicht weiter wunder, daß das meiste, was in den vergangenen Wochen vom 8. Mai 1945 geschrieben und gesagt wurde, von den persönlichen Er-

lebnisschilderungen des Kriegsendes bis zu den Klagen über den „friedlosen Frieden“, der dem Kriegsende folgte, sich sehr retrospektiv ausnahm. Wir kommen ja von den Verhältnissen, wie sie durch das Kriegsende geschaffen wurden und in der Folgezeit sich verfestigt haben, auch nach vertraglicher Anerkennung des status quo — siehe Berlin, siehe Deutschland- und Ostpolitik — nicht los. Und zur Bilanz des „friedlosen Friedens“ der Nachkriegszeit gehörten ja nicht nur das Fortdauern der Ost-Westspannung mit ihrem unverminderten Wettrüsten, sondern neben permanenten Krisenherden wie Nahost auch die weiterschwelenden lokalen Konflikte — Baskenfrage, Nordirland —, die mehr und mehr auch die internationale Sicherheit bedrohen, von den ideologischen, politischen und militärischen Konflikten im außereuropäischen Raum einmal ganz abgesehen.

Mehr erstaunt ist man schon darüber, daß von den europäischen Staatsmännern und Politikern die Gunst des Datums kaum genutzt wurde, um ein paar Leitplanken auf dem Wege fort vom bloßen Rasonieren über Vergangenes und als Vergangenheit fortwirkendes Schicksal zu setzen und gerade angesichts der nach dem Scheitern der Amerikaner in Indochina neu aufkommenden Unsicherheit im westlichen Europa die politische Gemeinschaft zwischen den westeuropäischen Staaten neu auf den Weg zu bringen. Außer der auf den ersten Blick fast unpolitisch mutig anmutenden Geste des französischen Staatspräsidenten *Giscard d'Estaing*, den Tag der deutschen Kapitulation künftig nicht mehr zu feiern bzw. ihn durch einen Europatag zu ersetzen — ohne die Position fast unbegrenzter Stärke, die die Verfassung der Fünften Republik dem Präsidenten einräumt, wäre wohl auch diese Geste gegen den vereinten Widerstand von Gaullisten und Kommunisten kaum möglich gewesen —, war von solchen Initiativen weit und breit nichts zu hören. Lag das daran, daß der Kampf gegen die Rezession und für die Stabilisierung der nationalen Wirtschaften keinen Raum dafür ließ, oder fehlte es einfach an politischer Phantasie? Oder sind das nur die immer offeneren Zeichen einer grassieren-

den provinziellen Selbstgenügsamkeit in den europäischen Ländern, bei Briten, Italienern und Franzosen nicht anders als bei den Deutschen?

Wußten die Intellektuellen nichts zu sagen?

Noch mehr erstaunt hat freilich — aber vielleicht hat dies auch etwas mit solcher Selbstgenügsamkeit zu tun —, daß aus Anlaß des 8. Mai besonders von der sonst durchaus auskunftsbereiten politischen und literarischen *Intelligentia* kaum ein Wort an die Frage verloren wurde, wie es denn dreißig Jahre nach Kriegsende um unsere aus der Nachkriegszeit hervorgegangene Gesellschaft aussieht, wie lebens- und entwicklungsfähig diese ist. Bundespräsident *Walter Scheel* appellierte in einer großen Rede in der Bonner Universitätskirche an die Jugend, die politische Freiheit aktiv zu verteidigen und sich nicht durch anarchistische Anwandlungen irreführen zu lassen. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* warnte vor deutscher Selbstüberschätzung angesichts beachtlicher wirtschaftlicher und demokratischer Leistungen, wobei er zugleich versicherte, die Bürger der Bundesrepublik hätten sich „aus eigener Einsicht“ von jeder Form des Totalitarismus abgekehrt. Und daraus schloß Schmidt, vermutlich etwas zu voreilig und zu tagesbezogen: Wir seien „immun geworden gegen die Versuchung durch totalitäre Ideen und Ideologien“. Der Radikalismus kabe keine Chance; dies habe man mit Stolz am letzten Wahlsonntag erlebt. *Helmut Kohl* argumentierte in einer schriftlichen Erklärung nicht weniger selbst- und staatsbewußt, nicht allzu viele Staaten könnten sich gegenwärtig an der im Grundgesetz festgesetzten Forderung, „die Würde des Menschen zu achten und zu schützen“, mit einem so guten Gewissen messen lassen wie die Bundesrepublik Deutschland. Kohl fügte — im Gegensatz zum Kanzler — allerdings bürgerkritisch hinzu, dies sei kein Anlaß zur Selbstgerechtigkeit, wohl aber „ein Hinweis darauf, daß unser Anspruch auf die Loyalität der Bürger jenseits bloßer wirtschaftlicher Zufriedenheit begründet ist“. Kardinal *Döpfner* beklagte vor der Gemeinsamen Synode in Würzburg die, wie er sagte, seit langem erkennbare Tendenz, bisher unbestrittene Werte stillschweigend aufzugeben oder sogar in unverantwortlicher Weise in Frage zu stellen. Er fand es insbesondere bedenklich, daß beispielsweise die Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Reform des Abtreibungsstrafrechts als Wertaussage „von so vielen in unserer Volke nicht getragen wird“ und daß sich die gleiche Gefährdung unauflösbarer Werte bei der Ehe- und Familienrechtsreform abzeichne.

So sagten Politiker und Kirchenmänner aus Anlaß des 8. Mai das mehr oder weniger von ihnen Erwartete, aber jeder Versuch einer Ortsbestimmung der Gesellschaft in Deutschland und in Europa heute, die Frage, wie tragfähig unsere Gesellschafts- und Friedensordnung 30 Jahre

danach aussieht und wie stark die Bevölkerung bereit ist, sie mitzutragen, blieb so gut wie ganz aus. Die *Bölls* und *Grass'*, die *Habermas'* und *von Hentigs* oder, um auch die andere in letzter Zeit stärker zu Wort kommende Schicht von öffentlichen Moralisten nicht zu vergessen, die *Lorenz'*, *Steinbuchs*, *Topitschs* und *Schelskys* nahmen kaum das Wort. Oder hat sie niemand dazu ermuntert? Die sog. anspruchsvolle oder engagierte deutsche Presse, in deutschen und internationalen Fragen in den letzten Jahren recht provinziell geworden, schwieg jedenfalls darüber oder erging sich in Prominentenerinnerungen über den militärischen und politischen Zusammenbruch und um das Überleben in der Stunde Null. Und *Walter Jens*, der vielgerufene Rhetoriker mit im allgemeinen linkem Pathos aus der Stadt Hegels und Hölderlins, sparte sein Pulver für das 75jährige Jubiläum des Deutschen Fußballbundes, um dann nach getaner Rede über Pfingsten hinweg tagelang Sportreporter zu beschäftigen. Da und dort — bei Politikern vor allem — klang zwar das Bemühen an, in Erinnerung an das Ende des Krieges und der Nazidiktatur beides ohne Abstriche an Schuld und eigenem Versagen in die deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre neu einzuordnen und das, was zwischen 1933 und 1945 und als Vorbereitung dazu in den Jahren vorher geschehen war, als mahnendes Fingerzeichen den heranwachsenden, mit persönlicher Vergangenheitsbewältigung nicht mehr befaßten Generationen mit auf den Weg zu geben. Aber auch solche Versuche blieben in der Breite des Echos im wesentlichen Einzelaussagen, und wenn sie in der veröffentlichten Meinung mehr Profil erhielten, wie etwa die Rede des Bundeskanzlers vor dem Kabinett, war doch auch recht unverwandt das Bestreben am Werk, nicht zwar die unmittelbar an der nationalsozialistischen Katastrophe Beteiligten, wohl aber die damals „noch nicht 19jährigen“ und die Nachgeborenen summarisch und gewissermaßen präventiv auf die Zukunft hin zu entlasten, als ob jedwede Gefahr von Radikalismus, ideologischer Verführung und antidemokratischer Anfälligkeit mit der Erfahrung des Dritten Reiches gebannt wäre.

Die Reifeprüfung ist erst zu bestehen

Indessen wäre es im Augenblick vermutlich nicht nur angebracht, über diese zeit- und geistesgeschichtliche Komponente unseres moralischen Geschichtsbewußtseins nachzudenken, sondern noch mehr darüber, ob unserer Gesellschaft als verfaßter Rechtsstaat auf der Grundlage der individuellen Freiheit und des gegenseitigen Respekts sich auch künftig entwickeln können. Denn gewiß, wir besitzen im westlichen Europa im großen und ganzen demokratische Verfassungen, denen — ebenfalls im großen und ganzen — eine demokratische Wirklichkeit mit rechtsstaatlicher Praxis entspricht. Aber schon der Fall Portugal zeigt, wie schwierig es ist — für die jeweiligen Machtträger noch mehr als für das angeblich politisch und demokratisch noch nicht reife Volk —, vom Sturz eines autori-

tären, undemokratischen Regimes in ein demokratisch funktionierendes Staatswesen überzuleiten, ja daß eine solche Überleitung auf absehbare Zeit fast aussichtslos wird, wenn sich militärische Machtverfälschungen mit ideologischen Vorentscheidungen der „Revolutionäre“ verschlingen. Die Krisen, die *Italien* in einem fort schütteln, zeigen, daß ein politisch intelligentes und wendiges Volk zwar lange am Rande des Chaos sich dahinentwickeln kann; sie zeigen aber auch immer deutlicher, daß die Leistungsfähigkeit eines demokratischen Systems sich unaufhörlich seiner letzten Grenze nähert. *Frankreich* hätte wohl schon den Mai 1968 nicht mehr demokratisch überstanden, hätte nicht De Gaulle mit seiner Demokratie von oben, wie sie das Präsidialsystem der Fünften Republik im Grunde darstellt, vorgesorgt gehabt.

England, das Mutterland des europäischen Parlamentarismus, offenbart schon seit Jahren alle Schwächen eines parlamentarischen Systems, das durch außerparlamentarische, vornehmlich gewerkschaftliche Mächte unterspült wird.

Und die *Bundesrepublik*? Sie kann sich zweifellos der stabilsten Verhältnisse Europas rühmen. Sie besitzt eine der ausgewogensten Verfassungen, sie hat die Phasen des Wiederaufbaus und der Konsolidierung ohne große innere Erschütterungen hinter sich gebracht, sie erlebte in dieser Zeit keine unüberwindlichen sozialen Konflikte, die mächtigen Verbände erleichtern heute zwar nicht das Regieren, aber die Tarifpartner zeigten noch in jeder Phase ausreichendes, wenn auch nicht immer solides politisches und wirtschaftliches Augenmaß. Doch diese innere Ausgeglichenheit beruht außer den Vorteilen der bundesdeutschen Verfassung mit ihrer Tendenz zur Kanzlerdemokratie wohl doch zu einem großen Teil auf wirtschaftlicher Solidität. Ob dieser auch eine gleichwertige politische und geistige entspricht, müßte sich erst erweisen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht einmal verfehle, die Inflation wirklich bedrohend und die Arbeitslosigkeit zur Massenerscheinung würde. Ein Volk mußte seine Reifeprüfung noch nie zu Zeiten wirtschaftlicher Prosperität, sondern in Augenblicken innerer Umbrüche und äußerer Bedrohung ablegen. Aber wie es sich in Krisenzeiten verhält, wird es in Zeiten der Ruhe und Sicherheit lernen. Sind diese einmal vorbei, wird ihm keine Zeit bleiben, solches Lernen noch ohne Schaden nachzuholen.

Kann man nun wirklich sagen, die Bundesrepublik sei nicht nur in ihren Verfassungsorganen, sondern auch in all ihren politischen Kräften und im Bewußtsein ihrer Bevölkerung so gefestigt, daß für absehbare Zeit Gefahren für ihren demokratischen Bestand auszuschließen sind? Ist die politische Vernunft im politischen und — was wahrscheinlich fast noch wichtiger ist — im vorpolitischen Raum — in den Verbänden, in den Schulen, an den Universitäten, in Redaktionen, in Rundfunkhäusern, bei Bürgerinitiativen und an Stammtischen — dafür groß genug? Gewiß grassiert in der Bundesrepublik kein breit formierter *Radikalismus*, auch nicht der anarchistischer

Prägung, sofern er zum Mittel des Gewaltverbrechens greift. Die Vorgänge um Anarchistencliquen wie die Baader-Meinhof-Terroristen sind da eher geeignet, einen falschen Eindruck zu erwecken. Sie stellen den politischen und den polizeilichen Kräften ein massives Problem der Terrorbekämpfung. Aber die Aktionen isolierter Terroristengruppen, so sehr Menschenleben durch sie gefährdet werden, als die bisher größte Herausforderung des demokratischen Rechtsstaates zu bezeichnen, wie es der Bundeskanzler nach dem Geiselschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm tat, ist wohl doch um einiges übertrieben, so gut eine solche Feststellung nach „erfolgreichem“ Durchgreifen in die damalige politische Szenerie angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen paßte. Aber was dieser Phase öffentlichen Terrors vorausging und woraus er sich nährte, ist zweifellos eine breitere und gefährlichere Problematik als dieser selbst.

Zur Toleranz gehört Autorität

Die jahrelange *Verharmlosung der Gewalt* als politischer Methode mit den verführerischen Einteilungen nach Personen und Sachen zeigt, daß hier mehr aufzuarbeiten ist als kriminelle Großaktionen. Dies um so mehr, als die Verharmlosung von Gewalt, die ja (neben der Zunahme an gemeiner Kriminalität) ein internationales Phänomen etablierter Demokratien ist, auf einer verbreiteten Tendenz zum Abbau öffentlicher Autorität und einer generellen Mißachtung politischer Toleranz beruht, die ihre „unpolitische“ Entsprechung jeweils im privaten und halböffentlichen Raum, in der Begegnung zwischen Individuen und Gruppen, in der Gestaltung der Lehrpläne und des Unterrichts in den Schulen und ein Stück weit — durch Überforcierung utopischer Emanzipationsideale auf Kosten elementarer Soziabilität und Mitmenschlichkeit — auch in den Familien finden. Nicht als ob *Autorität* als zwischenmenschliches, gesellschaftliches und politisches Ordnungselement völlig verleugnet würde, aber man hat sie ideologisch, politisch und pädagogisch als eine in einer wirklich funktionierenden Demokratie fast zu vernachlässigende Größe hintangestellt. Durch den so geschaffenen „Freiraum“ konnte dann der Kampf um mehr soziale Demokratie gegen die „rein formale“ *Rechtsstaatlichkeit* recht ungestört bis ins Utopische gesteigert werden. Das Grundproblem, welche Formen und auch Grade von Autorität in fortgeschrittenen Demokratien entwickelt werden müssen, damit diese Demokratie nicht sich selbst überholt und zerfällt, wurde dabei so gut wie ausgespart.

Dieses und das *Toleranzproblem* wird uns in den nächsten Jahren vermutlich um so mehr beschäftigen. Denn wie das Autoritätsproblem bewegt sich auch der Toleranzgedanke in einem recht diffusen politischen und pädagogischen Licht. Er wurde einerseits unkritisch erweitert. Einmal zu Lasten von Grundwerten, die man durchaus auch als

Grundrechte verstehen muß. In diesem Sinne wächst die Neigung, Vergehen gegen das Recht auf Leben in den Randzonen zu „tolerieren“. Zum anderen, durch eine recht individualistische Interpretation, indem man Toleranz in erster Linie als Freibrief für die Verbreitung und Durchsetzung von Meinungen und Ideen gleichsam um ihrer selbst willen und ohne deutlichen objektiven Wertbezug zum Gemeinwohl verstand. Damit verkürzte man andererseits den sozialen Gehalt des Toleranzgedankens, indem Toleranz nicht mehr verstanden und praktiziert wurde als Respekt vor der Position des anderen innerhalb letztverbindlicher Grundaussagen, sondern unausgesprochen nur oder Übergewichtig als Toleranz *für mich* und die Durchsetzung *meiner Interessen*.

Es braucht nicht eigens ausgeführt zu werden, daß solche Perversion von Toleranz der fruchtbarste und wohl heute schon ausgedehnteste Nährboden für Radikalismen aller Art ist, mit denen sich die Institutionen pädagogisch-politischer Bildung, aber auch die politischen Parteien in ihren eigenen Reihen nach links wie nach rechts noch mehr werden auseinandersetzen müssen. Sie können in Zeiten äußerer Ruhe und des inneren Wohlstandes durchaus als zu vernachlässigende Größe erscheinen, bei der nächsten wirtschaftlichen oder politischen Krise brechen sie regelmäßig durch. Im Blick darauf werden sich die politischen Parteien in puncto Radikalismus auch mehr einfallen lassen müssen als die regelmäßige Feststellung an Wahlabenden — meistens seitens des Verlierers —, man freue sich besonders, daß die radikalen Parteien links und rechts wiederum unter einem Prozent der Stimmen geblieben sind.

Daß ein die politische Toleranz aufhebender Radikalismus linker und rechter Prägung sehr viel weiter verbreitet ist, zeigen allein schon die wenig erbaulichen Leserbriefkulturen mancher Publikationsorgane. Und manches an der berüchtigten Sonthofener Rede und noch mehr an den Reaktionen von Politikern und hohen Gewerkschaftsfunktionären war durchaus verbaler, wenn auch zu Wahlkampfzwecken zusätzlich künstlich hochgezüchteter Radikalismus. Aber wo der verbale seinen Adressaten findet, und den will er ja finden, sonst würde er nicht inszeniert, wird er durch Vergiftung der notwendigen politischen Auseinandersetzung sehr rasch und in breitester Wirkung durchaus zum realen, praktischen Radikalismus. Er muß ja nicht gleich einer der Granaten und Maschinenpistolen sein, aber deswegen ist er noch lange nicht ungefährlich. Im übrigen mußte der Vergleich der Heimatvertriebenen mit der Lage der Palästinenser auf den Vertriebenentreffen an Pfingsten fast die Vermutung nahelegen, verbaler Radikalismus sei auch dort wieder im Kommen, wo man ihn allmählich für bewältigt hielt. Und wenn es kein Radikalismus war, dann zeugte der Vergleich auf jeden Fall von einem enormen Maß an politischer Unvernunft bei einzelnen Vertriebenenfunktionären.

Fehlen politische Zielsetzungen?

Doch mehr noch als die Bewältigung offener und latenter Formen des Radikalismus wird die Zukunft demokratischer Lebensverhältnisse in Deutschland wie in Europa davon abhängen, wieweit es gelingt, politische Zielsetzungen zu vermitteln, die es dem Bürger über den Tag und den jeweiligen wirtschaftlichen Vorteil hinaus wert erscheinen lassen, diese Lebensverhältnisse und ihre Verfassungsordnung nach innen und nach außen (auch gegen die Gefährdung durch kommunistische Herrschaft) zu verteidigen. So naheliegend es ist, daß, wie es *Heinz Kühn* am Abend nach den Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen formulierte, der Bürger seine politische Meinungsbildung an den „Erwartungen seines wirtschaftlichen Wohlergehens“ ausrichtet, so problematisch würde es, wenn sich politische Führungen hauptsächlich darauf konzentrierten, diesen Erwartungshaltungen nach dem Munde zu reden. Was würde das auf die Dauer für ein Staat, in dem Parteien ihre Wahlstrategien an bloßen Wohlstandserwartungen oder gar an den jeweils letzten demoskopisch ablesbaren Reaktionen auf die jeweils nur geringfügig veränderten Inflations- oder Arbeitslosendaten ausrichteten. Die politische Führung suggerierte damit eine wirtschaftliche wie politische Leistungsfähigkeit des Staates, die keine politische Führung jeweils einlösen könnte und die sich in Krisenzeiten fast notwendig gegen den Staat bzw. gegen das politische System selbst richten müßte. Und dennoch haben sich die Unionsparteien 1972 weitgehend so verhalten und verhalten sich gegenwärtig die Koalitionsparteien, voran die „Reformpartei“ SPD, noch konsequenter auf die gleiche Weise.

Angesichts von soviel tagespolitischer Vordergründigkeit in öffentlichen Belangen mochte es nicht mehr verwundern, daß um den 9. Mai der Eindruck entstand, in der Bundesrepublik fehle es im Augenblick wenn schon nicht an der Fähigkeit zu geschichtlichem Rasonieren, so doch an der Bereitschaft zu einer an der Zukunft der Republik und Europas orientierten politisch-demokratischen Bestandsaufnahme. Aber allein schon die grassierenden Krankheitssymptome moderner Wohlfahrtsgesellschaften — Drogensüchte in jeglicher Form, die Zunahme an sozialer Aggressivität und politischer Destruktionslust, die aus Langeweile und Sinnleere und weniger aus Leistungsstress entstandenen Neurosen einerseits, der kindliche Glaube an die Herstellbarkeit heiler sozialer Verhältnisse durch bloße Emanzipation und der nicht weniger kindliche Glaube an die fast unbegrenzte Leistungsfähigkeit des Staates und der nicht weniger kindliche Glaube an die ebenso unbegrenzte Sozialisierbarkeit persönlicher Risiken andererseits — zeigen, daß gerade in einer Demokratie des materiellen Wohlbefindens von der politischen Führung, aber selbstverständlich nicht nur von ihr, weniger Demoskopiegläubigkeit und mehr geistige und moralische Führungsfähigkeit gefordert sind.

D. A. Seeber